



Niederschrift

über die 11/9. Sitzung
des Rates
am Montag, 20.12.2021

Ort der Sitzung: **Stadthalle, Villeneuve Straße 5, 53359 Rheinbach**

Beginn: **18:00 Uhr**

Ende: **19:55 Uhr**

Von den Mitgliedern waren
anwesend:

Entschuldigt:

Verwaltung / Gäste:

Bürgermeister
Banken, Ludger

Ratsmitglieder (UWG)
Meyer, Jörg

Erster Beigeordneter
Knauber, Dr. Raffael

Ratsmitglieder (CDU)
Brozio, Kurt
Burke, Thomas
Hell, Mathias
Knott, Jan
Pfahl, Ferdinand
Pütz, Markus
Rick, Ilka
Sander, Ulrich
Schneider, Joachim
Schrage, Georg
Thielen, Maureen, Dr.
Weber, Bruno
Wilhelm-Buchstab, Timo, Dr.
(ab TOP 3.2)
Wolf, Oliver (ab TOP 6.8)

Fachbereichsleiterin
Hoffmann, Daniela

Kämmerer
Kohlosser, Walter
(bis einschließlich TOP 12)

Sachgebietsleiter
Kunze, Lars

Sachgebietsleiter
Ptok, Helge
(ab einschließlich TOP 8.2)

Fachbereichsleiterin
Thünker-Jansen, Margit

Schriftführerin
Wilhelm, Sonja

Ratsmitglieder (SPD)

Grünberg, Pia
Kerstholt, Karl Heinrich
Koch, Martina
Krupp, Ute
Lüdemann, Jürgen
Quadflieg, Donat
Rohloff, Michael
Vary, Eva
Wilmers, Georg, Dr.

Ratsmitglieder (UWG)

Huth, Dieter
Josten-Schneider, Silke
Kramme, Hinrich
Schüller, Ellen
Specht, Dagmar
Stein, Norbert

Ratsmitglieder (FDP)

Euskirchen, Lorenz
Rentzsch, Jana
(ab TOP 8.1)
Ruland, Sebastian

Ratsmitglieder (B'90/Die Grünen)

Bogert, Stephan
Lenke, Nils, Dr.
Nagel, Axel
Rupprecht, Deborah
Schiebener, Heribert
Seiffert-Schollmeyer, Urte
Steglich, Rita

Tagesordnung

zur 11/9. Sitzung des Rates
am Montag, 20.12.2021

TO-Punkt Nr.	Beratungsgegenstand	Vorlagen- Nr.
-----------------	---------------------	------------------

A) ÖFFENTLICHE SITZUNG

1 Anerkennung der Tagesordnung

2 Einwohnerfragestunde

./.

3 Bürgeranträge

3.1 Bürgerantrag vom 07.05.2021 zur ökologische Aufwertung städtischer Grundflächen BA/0045/2021

3.2 Bürgerantrag vom 16.08.2020 betreffend Schallschutz und Notfallruf für die Mehrzweckhalle Hilberath BA/0027/2020

3.3 Bürgerantrag vom 03.08.2021 zur Aufklärung der Unwetterkatastrophe vom 14.07.2021 im Rodderfeld und Ausweitung präventiver Maßnahmen BA/0044/2021

3.4 Bürgerantrag vom 13.09.2021 betreffend Hochwasserereignis am 14.07.2021 in Wormersdorf BA/0042/2021

4 Ortsrecht

./.

5 Allgemeine Angelegenheiten

./.

6 Finanzangelegenheiten

6.1 Gesamtabschluss 2018; Feststellungsbeschluss des Rates nach § 96 i.v.m. 116 (9) GO NRW BV/1639/2021

6.2	Feststellung des Jahresabschlusses 2020, die Verwendung des Jahresgewinns und die Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebs Wasserwerk sowie des Betriebsausschusses	BV/1659/2021
6.3	Entwurf des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebs Wasserwerk für das Geschäftsjahr 2022 und der Finanzplanung für die Jahre 2021 und 2025	BV/1657/2021
6.4	Neufestsetzung der Friedhofsgebühren ab dem 01.01.2022	BV/1663/2021
6.5	Neufestsetzung der Kanalbenutzungsgebühren und der Benutzungsgebühren für Grundstücksentwässerungsanlagen ab dem 01.01.2022	BV/1662/2021
6.6	Neufestsetzung der Straßenreinigungsgebühren für die Bereiche "Kehrdienst" und "Winterdienst" ab dem 01.01.2022	BV/1661/2021
6.7	Informationen zum Stand der Benehmenserstellung zur Neufestsetzung der Kreisumlage für das Jahr 2022 nach § 55 Kreisordnung NRW	MI/0073/2021
6.8	Fällung und Ersatzbepflanzung von abgestorbenen und stark abgängigen Bäumen	BV/1668/2021
7	Grundstücksangelegenheiten	
	./.	
8	Bau- und Planungsangelegenheiten	
8.1	Bebauungsplan Rheinbach-Ramershoven Nr. 1 "Am Hochbachweg" unter Anwendung des § 13 b BauGB; hier: Gesamtabwägung und Satzungsbeschluss	BV/1670/2021
8.2	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Rheinbach Nr. 74 "Pallottistraße - Jugendmedizinisches Zentrum"; Aufhebung Beschluss über die Gesamtabwägung und des Satzungsbeschlusses, Neufassung Beschluß über die Gesamtabwägung und des Satzungsbeschlusses	BV/1669/2021
9	Besetzung von Ausschüssen und Gremien	
9.1	Nachbesetzung des Jugendhilfeausschusses	MI/0074/2021

10 Anträge von Fraktionen und Ratsmitgliedern

- | | | |
|------|---|--------------|
| 10.1 | Antrag der UWG-Fraktion vom 22.11.2021 das ordnungswidrige Verhalten von Verkehrsteilnehmer bei der Durchfahrt von Wormersdorf zu kontrollieren und sanktionieren | AN/0553/2021 |
| 10.2 | Antrag der SPD-Fraktion vom 06.12.2021 zum Linksabbiegeverbot auf der Meckenheimer Straße in Höhe des Hitmarktes | AN/0552/2021 |

11 Anfragen nach § 4 Geschäftsordnung

- | | | |
|------|--|--------------|
| 11.1 | Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 23.10.2021 zum "Aufholen nach Corona: Verteilung von Fördergeldern" | AF/0020/2021 |
| 11.2 | Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 23.10.2021 zur Demarkierung einer Parkbucht in der Keramikerstraße | AF/0021/2021 |
| 11.3 | Anfrage der UWG-Fraktion vom 25.10.2021 zur Bewältigung von Naturkatastrophen / Großschadensereignissen | AF/0022/2021 |
| 11.4 | Anfrage von Ratsfrau Urte Seiffert-Schollmeyer (Grüne) vom 25.10.2021 zur Umgestaltung der sog. Pilgerpfadsweiher | AF/0019/2021 |
| 11.5 | Anfrage der SPD-Fraktion vom 05.12.2021 zur Wirksamkeit regelmäßiger Coronatests in Kita's in Rheinbach | AF/0023/2021 |

12 Mitteilungen des Vorsitzenden

B) NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

13 Allgemeine Angelegenheiten

- | | | |
|------|---|--------------|
| 13.1 | Stadtfest 2022 - Wir sind Rheinbach! - ein Jahr nach Unwetter Bernd | BV/1660/2021 |
|------|---|--------------|

14 Finanzangelegenheiten

./.

15 Bau, Vergabe- und Planungsangelegenheiten

15.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Rheinbach Nr. 74 BV/1157/2018/4
"Pallottistraße - Jugendmedizinisches Zentrum";
hier: Beschluss über den Durchführungsvertrag

15.2 Beschaffung eines Hilfeleistungslöschfahrzeuges für die BV/1666/2021
Löschgruppe Rheinbach der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt
Rheinbach

16 Grundstücksangelegenheiten

16.1 Gesetzliches Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB; BV/1667/2021
hier: Grundstück Gemarkung Queckenberg, Flur 4,
Flurstück 200

17 Personalangelegenheiten

./.

18 Mitteilungen des Vorsitzenden

Mündliche Anfragen

Niederschrift	11/9. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 20.12.2021

A) ÖFFENTLICHE SITZUNG

TOP	1	Anerkennung der Tagesordnung
-----	---	------------------------------

Bürgermeister Banken begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Damen und Herren des Rates zur letzten Sitzung des Jahres 2021. Ganz besonders begrüßt er heute Rats Herrn Mathias Hell, der von seinem Bundeswehreinsatz in Mali zurückgekehrt ist. Ebenso begrüßt er die Mitarbeiter*Innen der Verwaltung, die Besucher*Innen sowie die Vertreter*Innen der Presse.

Danach stellt Bürgermeister Banken fest, dass zur Sitzung frist- und formgerecht mit Schreiben vom 08.12.2021 eingeladen wurde und der Rat beschlussfähig ist.

Aufgrund von rechtlichen Vorgaben muss TOP 15. 1 aus dem nichtöffentlichen Teil vorgezogen werden, da der Durchführungsvertrag vor dem Satzungsbeschluss beschlossen werden muss. Deshalb schlägt Bürgermeister Banken vor, TOP 15.1 „Vorhabenbezogener Bebauungsplan Rheinbach Nr. 74 "Pallottistraße - Jugendmedizinisches Zentrum"; hier: Beschluss über den Durchführungsvertrag“ vor dem TOP 8.2 „Vorhabenbezogener Bebauungsplan Rheinbach Nr. 74 "Pallottistraße - Jugendmedizinisches Zentrum"; Aufhebung Beschluss über die Gesamtabwägung und des Satzungsbeschlusses, Neufassung Beschluss über die Gesamtabwägung und des Satzungsbeschlusses“ vorzuziehen. Anschließend wird TOP 8.2 wieder in öffentlicher Sitzung beraten.

Beschluss						
Die Tagesordnung wird in der geänderten Form anerkannt.						
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	*)
NEIN						
ENTHALTUNG						

*) Gemäß § 40 Absatz 2 Gemeindeordnung NRW stimmt der Bürgermeister nicht mit.

TOP	2	Einwohnerfragestunde
-----	---	----------------------

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

Niederschrift	11/9. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 20.12.2021

TOP	3	Bürgeranträge
-----	---	---------------

TOP	3.1	Bürgerantrag vom 07.05.2021 zur ökologische Aufwertung städtischer Grundflächen
-----	-----	---

Bürgermeister Banken weist darauf hin, dass der Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Mobilität etwas missverständlich formuliert sei. Es handele sich um eine 70 m lange Fläche, an der eine Aufforstung möglich sei und entsprechend umgesetzt werden soll. Dieses sei auch mit den Antragstellenden so abgesprochen worden.

Beschluss						
Entlang der Wegeparzelle 29 ist eine Bepflanzung aufgrund der Breite des städtischen Flurstückes nicht möglich, da die 4m breite Wegeparzelle in ihrer kompletten Breite durch den landwirtschaftlichen Verkehr genutzt wird. Lediglich entlang des Weges Flurstück 32 gibt es zwei etwas breitere Bereiche. An dem ca. 70 m langen Abschnitt im südwestlichen Bereich wäre eine Ergänzung der hier schon vorhandenen Pflanzen möglich. Der nordöstliche Bereich des Flurstückes 32 ist schon durch Sukzession mit ausreichenden Pflanzen bewachsen, eine Ergänzung ist hier nicht sinnvoll. Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

Niederschrift	11/9. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 20.12.2021

TOP	3.2	Bürgerantrag vom 16.08.2020 betreffend Schallschutz und Notfallruf für die Mehrzweckhalle Hilberath
-----	-----	---

Beschluss						
Dem Bürgerantrag wird hinsichtlich des Notfalltelefons entsprochen. Bezüglich des Schallschutzes erfolgt eine Umsetzung nach Inkrafttreten des Haushaltes 2022.						
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

TOP	3.3	Bürgerantrag vom 03.08.2021 zur Aufklärung der Unwetterkatastrophe vom 14.07.2021 im Rodderfeld und Ausweitung präventiver Maßnahmen
-----	-----	--

Beschluss	
------------------	--

Dem Bürgerantrag wird insofern entsprochen, dass

- die Ereignisse vom 14.07.2021 aufgearbeitet werden und den Bürgerinnen und Bürgern die Hintergründe und Rahmenbedingungen, die bei Starkregen zu Überflutungen führen können, erläutert werden.
- über das Hochwasser- und Überflutungsschutzkonzept Maßnahmen ermittelt werden können, die die Zuflüsse in das Wohngebiet Rodderfeld begrenzen und die Abflüsse aus diesem heraus verbessern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

Niederschrift	11/9. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 20.12.2021

TOP	3.4	Bürgerantrag vom 13.09.2021 betreffend Hochwasserereignis am 14.07.2021 in Wormersdorf
-----	-----	--

Beschluss						
Dem Bürgerantrag wird insofern entsprochen, dass						
- die Ereignisse vom 14.07.2021 aufgearbeitet werden und den Bürgerinnen und Bürgern die Hintergründe und Rahmenbedingungen, die bei Starkregen zu Überflutungen führen können, erläutert werden. - über das Hochwasser- und Überflutungsschutzkonzept Maßnahmen ermittelt werden können, die die Zuflüsse in das Wohngebiet in Wormersdorf begrenzen und die Abflüsse aus diesem heraus verbessern.						
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

TOP	4	Ortsrecht
-----	---	-----------

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Vorlagen vor.

TOP	5	Allgemeine Angelegenheiten
-----	---	----------------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Vorlagen vor.

Niederschrift	11/9. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 20.12.2021

TOP	6	Finanzangelegenheiten
-----	---	-----------------------

TOP	6.1	Gesamtabschluss 2018; Feststellungsbeschluss des Rates nach § 96 i.V.m. 116 (9) GO NRW
-----	-----	--

Der Rat wird darüber unterrichtet, dass der Aufsichtsbehörde die Gesamtabschlüsse 2011 bis 2018 durch die Kämmerei bis zum Jahresende angezeigt werden.

Beschluss																													
1. Der Rat nimmt die Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses zur Kenntnis. 2. Auf der Grundlage der Stellungnahme stellt der Rat gemäß § 96 i.V. m. §§ 102 und 116 GO NRW den Gesamtabschluss zum 31.12.2018 fest.																													
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt																													
	<table><tr><td></td><td>CDU</td><td>SPD</td><td>UWG</td><td>GRÜNE</td><td>FDP</td><td>BM</td></tr><tr><td>JA</td><td>X</td><td>X</td><td>X</td><td>X</td><td>X</td><td>X</td></tr><tr><td>NEIN</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr><tr><td>ENTHALTUNG</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr></table>		CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	JA	X	X	X	X	X	X	NEIN							ENTHALTUNG						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																							
JA	X	X	X	X	X	X																							
NEIN																													
ENTHALTUNG																													

TOP	6.2	Feststellung des Jahresabschlusses 2020, die Verwendung des Jahresgewinns und die Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebs Wasserwerk sowie des Betriebsausschusses
-----	-----	---

Beschluss						
Dem Betriebsausschuss wird auf der Grundlage des 2. Gesetzes zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinde und Gemeindeverbände im Land Nordrhein-Westfalen und weiterer kommunalrechtlicher Vorschriften (2. NKFVG NRW) Entlastung erteilt.						
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

Niederschrift	11/9. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 20.12.2021

Der Jahresabschluss 2020 des Eigenbetriebs Wasserwerk wird gemäß § 4 c) der Eigenbetriebsverordnung mit einem Jahresgewinn von 184.922,98 € festgestellt, der zu verwenden ist.

Eine Ausschüttung als Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 149.899,14 € ist an die Stadt abzuführen. Diese soll aus dem Jahresgewinn in Höhe von 184.922,98 € bedient werden. Der verbleibende Jahresgewinn in Höhe von 35.023,84 € wird dem Bilanzgewinn zugeführt. Nach Ausschüttung ergibt sich ein Bilanzgewinn in Höhe von 1.453.066,04 €.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

TOP	6.3	Entwurf des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebs Wasserwerk für das Geschäftsjahr 2022 und der Finanzplanung für die Jahre 2021 und 2025
-----	-----	--

Beschluss						
Dem als Anlage beigefügten Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Wasserwerk für das Geschäftsjahr 2022 sowie der Finanzplanung für die Jahre 2021 bis 2025 wird zugestimmt.						
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

Niederschrift	11/9. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 20.12.2021

TOP	6.4	Neufestsetzung der Friedhofsgebühren ab dem 01.01.2022
-----	-----	--

Beschluss						
Der Rat beschließt die als Anlage 2 beigefügte 10. Satzung zur Änderung des „Gebührentarifs zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Rheinbach“ auf der Grundlage der als Anlage 1 beigefügten Gebührenkalkulation.						
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

TOP	6.5	Neufestsetzung der Kanalbenutzungsgebühren und der Benutzungsgebühren für Grundstücksentwässerungsanlagen ab dem 01.01.2022
-----	-----	---

Beschluss						
Der Rat beschließt die als Anlage 3 beigefügte 9. Satzung zur Änderung des „Beitrags- und Gebührentarifs“ zur Ordnung zur Erhebung von Beiträgen und Gebühren sowie für den Ersatz von Aufwendungen (Beitrags- und Gebührenordnung) zur Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Rheinbach und der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen vom 13.12.2013.						
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

Niederschrift	11/9. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 20.12.2021

TOP	6.6	Neufestsetzung der Straßenreinigungsgebühren für die Bereiche "Kehrdienst" und "Winterdienst" ab dem 01.01.2022
-----	-----	---

Beschluss						
Der Rat beschließt die als Anlage 3 beigefügte 17. Satzung zur Änderung der „Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Rheinbach – Straßenreinigungs- und Gebührensatzung“ vom 30.09.2010 auf Grundlage der als Anlagen 1 und 2 beigefügten Gebührenkalkulationen.						
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

TOP	6.7	Informationen zum Stand der Benehmsherstellung zur Neufestsetzung der Kreisumlage für das Jahr 2022 nach § 55 Kreisordnung NRW
-----	-----	--

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP	6.8	Fällung und Ersatzbepflanzung von abgestorbenen und stark abgängigen Bäumen
-----	-----	---

Beschluss						
1. Der Rat zieht in dieser Angelegenheit die Entscheidungsbefugnis gemäß Abschnitt I § 5 der Zuständigkeitsordnung der Stadt Rheinbach wieder an sich. 2. Der Rat stimmt den von der Verwaltung vorgesehenen Baumfällungen und Ersatzbepflanzungen von Bäumen im Stadtgebiet zu.						
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

Niederschrift	11/9. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 20.12.2021

TOP	7	Grundstücksangelegenheiten
-----	---	----------------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Vorlagen vor.

TOP	8	Bau- und Planungsangelegenheiten
-----	---	----------------------------------

TOP	8.1	Bebauungsplan Rheinbach-Ramershoven Nr. 1 "Am Hochbachweg" unter Anwendung des § 13 b BauGB; hier: Gesamtabwägung und Satzungsbeschluss
-----	-----	--

Ratsherr Weber (CDU) erklärt sich bei diesem Tagesordnungspunkt für befangen und nimmt an der Beratung sowie Abstimmung nicht teil.

Auf eine Einzelabstimmung bei der Gesamtabwägung wird verzichtet.

Beschluss	
a) Beschluss über die Gesamtabwägung der im Verfahren vorgebrachten Stellungnahmen Der Rat der Stadt Rheinbach nimmt zur Kenntnis, das im Zuge der Unterrichtung der Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung gemäß § 13a (3) Nr. 2 Baugesetzbuch keine Stellungnahme aus der Öffentlichkeit abgegeben wurde. Der Rat nimmt zudem zur Kenntnis, dass während der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB keine Äußerungen und Stellungnahmen von Seiten der Öffentlichkeit vorgebracht wurden. Die im Rahmen der Beteiligung gemäß § 4 (2) BauGB abgegebenen Stellungnahmen der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange hat der Rat der Stadt Rheinbach geprüft und gerecht gegeneinander und untereinander abgewogen. Der Rat der Stadt Rheinbach fasst in seiner Sitzung am 20.12.2021 den Beschluss über die Abwägung der im Rahmen der Beteiligung gemäß § 4 (2) BauGB abgegebenen Stellungnahmen der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Rheinbach-Ramershoven Nr. 1 „Am Hochbachweg“, inklusive folgender Ergänzung: Der vom Rhein-Sieg-Kreis mit Schreiben vom 06.05.2021 im Rahmen der Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange angeregten Empfehlung zu Schottergärten wird insoweit gefolgt, als dass ein Pflanzgebot sowie der Ausschluss von Abdeckbahnen aufgenommen wird. Eine Beschlussfassung über vorgebrachte Äußerungen und Stellungnahmen im Rahmen der Unterrichtung der Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung gemäß § 13 a (3) Nr. 2 BauGB und im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB ist mangels Vorlage von Stellungnahmen nicht erforderlich.	

Niederschrift	11/9. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 20.12.2021

Grundlage für den Beschluss ist die der Verwaltungsvorlage als Anlage beigefügte Zusammenfassung der Stellungnahmen mit Abwägungsergebnis. Die Übersicht der Abwägungsentscheidung ist Bestandteil des Beschlusses.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Behörden und die sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Stellungnahmen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Abwägungsgründe in Kenntnis zu setzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
Ratsherr Weber (CDU) hat sich für befangen erklärt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

b) Satzungsbeschluss

Nach der Beschlussfassung über die Gesamtabwägung der im Verfahren eingegangenen Stellungnahmen beschließt der Rat den Bebauungsplan Rheinbach-Ramershoven Nr. 1 „Am Hochbachweg“, der unter Anwendung der Regelungsinhalte des § 13b BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt worden ist und bei dem von einer frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung im Sinne des § 3 (1) BauGB abgesehen wurde, gemäß § 10 (1) Baugesetzbuch und § 89 Bauordnung NRW als Satzung.

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes Rheinbach-Ramershoven Nr. 1 „Am Hochbachweg“ umfasst eine ca. 0,5 ha große Fläche im Westen des Rheinbacher Ortsteils Ramershoven. In den Geltungsbereich werden die Grundstücke der Gemarkung Ramershoven, Flur 5, Flst. Nr. 80, 306, 307 sowie Teilbereiche der Grundstücke Flst. Nr. 82, 111, 112, 165, 212, 304, 308 mit einbezogen. Das Plangebiet wird im Norden vom Flurstück Nr. 110, Flur 5, Gemarkung Ramershoven begrenzt. Im Osten verläuft die Plangebietsgrenze entlang des freizuhaltenden Korridors des Landschaftsschutzgebietes „Gewässersystem Swistbach“. Im Süden verläuft die Grenze entlang der Flurstücke mit den Nummern 164, 163 und 160. Von dort verspringt der Geltungsbereich entlang der Grundstücke der Mehrzweckhalle und der Freiwilligen Feuerwehr. Anschließend bildet die Peppenhovener Straße (K65) die Grenze zum Plangebiet. Im Westen verläuft die Plangebietsgrenze entlang des Flurstücks Nr. 95, Flur 5, Gemarkung Ramershoven. Die genaue Abgrenzung des Geltungsbereichs des Bebauungsplans ist dem der Beschlussvorlage beigefügten Lageplan zu entnehmen.

Der Bebauungsplan Rheinbach-Ramershoven Nr. 1 „Am Hochbachweg“ besteht aus zeichnerischen und textlichen Festsetzungen sowie aus Hinweisen. Eine Begründung sowie die dazugehörigen Fachgutachten sind beigefügt. Die Begründung wird gebilligt. Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Verfahrensschritte zum Inkrafttreten des Bebauungsplanes Rheinbach-Ramershoven Nr. 1 „Am Hochbachweg“ durchzuführen.

Niederschrift	11/9. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 20.12.2021

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
Ratsherr Weber (CDU) hat sich für befangen erklärt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

Hinweis: Wie bei der Anerkennung der Tagesordnung beschlossen, wird der Tagesordnungspunkt 15.1 „Vorhabenbezogener Bebauungsplan Rheinbach Nr. 74 "Pallottistraße - Jugendmedizinisches Zentrum"; hier: Beschluss über den Durchführungsvertrag“ vorgezogen. Dafür schließt Bürgermeister Banken die öffentliche Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

TOP	8.2	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Rheinbach Nr. 74 "Pallottistraße - Jugendmedizinisches Zentrum"; Aufhebung Beschluss über die Gesamtabwägung und des Satzungsbeschlusses, Neufassung Beschluß über die Gesamtabwägung und des Satzungsbeschlusses
------------	------------	--

Zu diesem Tagesordnungspunkt stellt Bürgermeister Banken die Öffentlichkeit wieder her.

Zum Buchstaben b) der Beschlussempfehlung wird keine Einzelabstimmung über die Gesamtabwägung gewünscht.

Ratsherr Schneider (CDU) informiert, dass die CDU-Fraktion im Ausschuss gegen die Vorlage gestimmt habe, weil der Klimaschutz nicht genügend berücksichtigt wurde. Deshalb habe gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen nochmals ein Gespräch mit dem Investor stattgefunden, bei denen deutliche Verbesserungen (z.B. Nahwärmeerzeugung, eine Photovoltaikanlage auf den Dächern der Fahrradabstellplätze sowie Begrünung der Flachdächer) ausgehandelt wurden.

Niederschrift	11/9. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 20.12.2021

Beschluss						
a) Beschluss zur Aufhebung des Beschlusses über die Gesamtabwägung der im Verfahren vorgebrachten Stellungnahmen						
Der Rat beschließt die Aufhebung des Beschlusses vom 22.06.2020 über die Abwägung der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 (1) und § 4 (1) BauGB und der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) und § 4 (2) BauGB vorgebrachten Stellungnahmen zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Rheinbach Nr. 74 „Pallottistraße – Jugendmedizinisches Zentrum-“ einschließlich Vorhaben- und Erschließungsplan.						
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						
b) Beschluss über die Gesamtabwägung der im Verfahren vorgebrachten Stellungnahmen						
Sowohl die während der frühzeitigen Beteiligung eingegangenen Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) Baugesetzbuch (BauGB) und der Stellungnahmen der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB, als auch die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB vorgebrachten Stellungnahmen der Öffentlichkeit und die gemäß § 4 (2) BauGB vorgebrachten Stellungnahmen der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange hat der Rat der Stadt Rheinbach geprüft und gerecht gegeneinander und untereinander abgewogen.						
Der Rat der Stadt Rheinbach fasst in seiner Sitzung am 20.12.2021 den Beschluss über die Abwägung der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 (1) und § 4 (1) BauGB und der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) und § 4 (2) BauGB vorgebrachten Stellungnahmen zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Rheinbach Nr. 74 „Pallottistraße – Jugendmedizinisches Zentrum-“ einschließlich Vorhaben- und Erschließungsplan inklusive folgender Änderungen:						
Der vom Rhein-Sieg-Kreis mit Schreiben vom 29.03.2019 im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 4 (1) BauGB eingegangenen Anregung sowie der mit Schreiben vom 09.12.2019 im Rahmen der Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen gleichlautenden Anregung zur Prüfung des Einsatzes erneuerbarer Energien zur Erzeugung von Wärme und Strom wird insofern gefolgt, als dass im zugehörigen Durchführungsvertrag Regelungen zum Einsatz erneuerbarer Energien in Hinblick auf die Deckung des Wärme- und Kältebedarfs des Gebäudes als auch auf die Stromerzeugung mittels Photovoltaikanlagen aufgenommen werden.						

Grundlage für den Beschluss sind die der Verwaltungsvorlage als Anlage beigefügten Zusammenfassungen der Stellungnahmen mit Abwägungsergebnis. Die Übersicht der Abwägungsentscheidung ist Bestandteil des Beschlusses. Die Verwaltung wird beauftragt, die Öffentlichkeit und die Behörden sowie die sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Stellungnahmen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Abwägungsgründe in Kenntnis zu setzen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt
gegen die Stimmen der SPD**

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X		X	X	X	X
NEIN		X				
ENTHALTUNG						

c) Beschluss über die Aufhebung des Satzungsbeschlusses

Der Rat beschließt, den Satzungsbeschluss vom 22.06.2020 zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Rheinbach Nr. 74 „Pallottistraße – Jugendmedizinisches Zentrum-“ einschließlich Vorhaben- und Erschließungsplan, der unter Anwendung des beschleunigten Verfahrens gemäß § 13 a Baugesetzbuch ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt worden ist, aufzuheben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

d) Satzungsbeschluss

Der Rat beschließt den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Rheinbach Nr. 74 „Pallottistraße – Jugendmedizinisches Zentrum-“ einschließlich Vorhaben- und Erschließungsplan, der unter Anwendung des beschleunigten Verfahrens gemäß § 13 a Baugesetzbuch ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt worden ist, gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch und § 89 Bauordnung NRW als Satzung.

Der Geltungsbereich der vorliegenden Planung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Rheinbach Nr. 74 „Pallottistraße - Jugendmedizinisches Zentrum-“ umfasst das ca. 2.619 m² große Grundstück Gemarkung Rheinbach, Flur 28, Nr. 137 an der Pallottistraße. Das Plangebiet wird im Norden durch die südliche Grenze der Grundstücke Gemarkung Rheinbach, Flur 28, Flst. Nr. 141, 164 und 166 begrenzt. Im Osten verläuft die Plangebietsgrenze entlang der westlichen Grundstücksgrenze einer Teilfläche der Pallottistraße (Gemarkung Rheinbach, Flur 28, Flst. Nr. 139). Im Süden wird das Plangebiet

Niederschrift	11/9. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 20.12.2021

von der nördlichen Grenze des Grundstücks Gemarkung Rheinbach, Flur 28, Flst. Nr. 159 begrenzt. Die westliche Abgrenzung des Plangebiets verläuft entlang der östlichen Grundstücksgrenzen der angrenzenden Grundstücke Gemarkung Rheinbach, Flur 28, Flst. Nr. 20 - 23, 87 und 88 (anteilig). Die genaue Abgrenzung des Geltungsbereichs des vorhabenbezogenen Bebauungsplans ist dem der Beschlussvorlage beigefügten Übersichtsplan zu entnehmen.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan einschließlich Vorhaben- und Erschließungsplan besteht aus textlichen und zeichnerischen Festsetzungen, sowie aus Hinweisen. Eine Begründung sowie die dazu gehörenden Fachgutachten und fachgutachterlichen Stellungnahmen sind beigefügt. Die Begründung wird gebilligt. Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Verfahrensschritte zum Inkrafttreten des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans Rheinbach Nr. 74 „Pallottistraße – Jugendmedizinisches Zentrum-“, durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt
 gegen die Stimmen der SPD**

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X		X	X	X	X
NEIN		X				
ENTHALTUNG						

TOP	9	Besetzung von Ausschüssen und Gremien
------------	----------	--

TOP	9.1	Nachbesetzung des Jugendhilfeausschusses
------------	------------	---

Der Rat nimmt die Besetzung vom Jugendamtselternbeirat im Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis.

TOP	10	Anträge von Fraktionen und Ratsmitgliedern
------------	-----------	---

TOP	10.1	Antrag der UWG-Fraktion vom 22.11.2021 das ordnungswidrige Verhalten von Verkehrsteilnehmer bei der Durchfahrt von Wormersdorf zu kontrollieren und sanktionieren
------------	-------------	--

Die UWG-Fraktion verzichtet auf eine Beratung, da die A 61 inzwischen wieder geöffnet ist.

Niederschrift	11/9. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 20.12.2021

TOP	10.2	Antrag der SPD-Fraktion vom 06.12.2021 zum Linksabbiegeverbot auf der Meckenheimer Straße in Höhe des Hitmarktes
-----	------	--

Der Bürgermeister dankt den Antragstellern für diese Anregung und sagt zu, sich im Rahmen der Erledigung der Geschäfte der laufenden Verwaltung darum zu kümmern und Rückmeldung zu geben. Damit sind die Antragsteller einverstanden.

TOP	11	Anfragen nach § 4 Geschäftsordnung
-----	----	------------------------------------

TOP	11.1	Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 23.10.2021 zum "Aufholen nach Corona: Verteilung von Fördergeldern"
-----	------	--

Der Rat nimmt die Antworten der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP	11.2	Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 23.10.2021 zur Demarkierung einer Parkbucht in der Keramikerstraße
-----	------	---

Der Rat nimmt die Antworten der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP	11.3	Anfrage der UWG-Fraktion vom 25.10.2021 zur Bewältigung von Naturkatastrophen / Großschadensereignissen
-----	------	---

Der Rat nimmt die Antworten der Verwaltung zur Kenntnis.

Ratsherr Huth (UWG) regt für die Information der Bevölkerung an, künftig ggf. Rheinbacher Fahrdienste einzubeziehen.

Fachbereichsleiterin Hoffmann sagt zu, diese Anregung mit in die weiteren Überlegungen zu nehmen.

TOP	11.4	Anfrage von Ratsfrau Urte Seiffert-Schollmeyer (Grüne) vom 25.10.2021 zur Umgestaltung der sog. Pilgerpfadsweiher
-----	------	---

Der Rat nimmt die Antworten der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP	11.5	Anfrage der SPD-Fraktion vom 05.12.2021 zur Wirksamkeit regelmäßiger Coronatests in Kita's in Rheinbach
-----	------	---

Der Rat nimmt die Antworten der Verwaltung zur Kenntnis.

Niederschrift	11/9. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 20.12.2021

Bürgermeister Banken weist in diesem Zusammenhang daraufhin, dass die Verwaltung die Wirksamkeit der Tests nicht beurteilen könne, da diese vom Land NRW zur Verfügung gestellt würden. Er informiert, dass in Kürze eine Umstellung auf Pooltests geplant sei.

Der Erste Beigeordnete, Herr Dr. Knauber, ergänzt, dass eine Interessensabfrage für die Pooltests bei allen Kindergärten (egal in welcher Trägerschaft) durchgeführt wurde und diese in allen Einrichtungen gewünscht werde. Die Submission zur bereits erfolgten Ausschreibung finde am 21.12.2021 statt. Eine Vereinbarung zur Kostenübernahme werde mit dem Land geschlossen. Voraussichtlich werde ab dem 01.02.2022 mit den Pooltests in den Kita's begonnen.

Ratsherr Dr. Wilmers (SPD) ist froh, dass nun wirksame Tests beschafft werden und sich alle Kita's beteiligen. Angesichts der rasanten Ausbreitung der Omikron-Variante sei es unbefriedigend, dass durch das Vergaberecht die Beschaffungen der Pooltests erst zum Ende des Jahres abgeschlossen sein werden. Erst danach könne die Verhandlungen mit dem Land wegen der Kostenübernahme aufgenommen werden. Die Kita's müssen noch einen weiteren Monat in der Ungewissheit leben, ob mit den Tests tatsächlich Ausbrüche festgestellt werden können

Herr Dr. Knauber (Erster Beigeordneter) bestätigt, dass das Vergaberecht zu beachten sei und dieser Formalismus eingehalten werden müsse. Angesichts der aktuellen Pandemielage werde er versuchen, beim Land auf einen beschleunigten Start der Pooltestungen hinzuwirken.

TOP	12	Mitteilungen des Vorsitzenden
-----	----	-------------------------------

Bürgermeister Banken teilt mit, dass das Land NRW sich an den Kosten für die Umsetzung der Coronaschutzverordnung beteiligt, insbesondere an den zusätzlichen Personalkosten für den Ordnungsaußendienst. Landesweit erhalten die Kommunen 2,51 € pro Einwohner. Die Stadt Rheinbach werde ca. 70.000 € erhalten, die aber bei Weitem nicht kostendeckend seien.

Außerdem berichtet er, dass sich die Mehrheit der Fraktionen für eine Bewerbung zum Förderprogramm LEADER Region "Voreifel - Die Bäche der Swist" ausgesprochen habe. Deshalb habe er heute den „Letter of Intent“ unterschrieben und versandt.

Herr Dr. Knauber (Erster Beigeordneter) informiert, dass das RTV-Clubheim durch die Flutkatastrophe massive Schäden davongetragen hat und umgehend abgerissen werden müsse. Übergangslösungen, auch zur neuen Standortfrage, werden zurzeit in konstruktiven Gesprächen mit dem Vereinsvorstand und dem Stadtsporthund geprüft. Auch die Anlage des Tennisvereins Rot-Weiß müsse aufgegeben werden. Beide Flächen werden renaturiert und dienen zukünftig als Retentionsraum. Die Abrisskosten werden über den Wiederaufbaufonds finanziert.

Niederschrift	11/9. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 20.12.2021

Da keine weiteren Mitteilungen des Vorsitzenden mehr vorliegen, schließt Bürgermeister Banken den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

TOP	Mündliche Anfragen
-----	--------------------

Ratsherr Nagel (Grüne) fragt nach, bis wann die vom interkommunalen Klimaschutzmanager in 2020 geplante neue CO²- und Energiebilanzierung vorliege. Schließlich wurden hierfür im Haushalt 3.500 € eingeplant.

Fachbereichsleiterin Thünker-Jansen antwortet, dass mit der Ermittlung der Daten erst im I. Quartal 2022 begonnen werde und dann erst im Laufe des Jahres abgeschlossen werden könne. Dies hänge damit zusammen, dass bei der ersten Ausschreibung keine Angebote abgegeben wurden. Aber mittlerweile sei eine erneute Ausschreibung erfolgt.

Ratsherr Dr. Lenke (Grüne) geht auf einen Artikel im General-Anzeiger zum Thema Hauptstraße ein. In diesem wurde der Pressesprecher zitiert, dass für die Untersuchung des Verkehrskonzeptes die Variante mit der reduzierten Geschwindigkeit geprüft werde. Er fragt nach, ob der Verwaltung präsent sei, dass bei dieser Untersuchung auch die Variante „Fußgängerzone“ mit untersucht werden solle und ob das Konzept mittlerweile in Auftrag gegeben wurde?

Die Variante „Fußgängerzone“ werde mituntersucht, so Fachbereichsleiterin Thünker-Jansen. Bürgermeister Banken ergänzt, dass das Konzept noch nicht in Auftrag gegeben wurde.

Weiter fragt Ratsherr Dr. Lenke (Grüne) nach, ob der Verwaltung bekannt sei, dass am vorletzten Wochenende im Bereich Berscheidt, Merzbach, Wormersdorf und Todenfeld eine Drückjagd stattgefunden hat? Es gab demnach keine Absperrungen und Warnhinweise. Hierauf sollten die Jagdpächter nochmals hingewiesen werden.

Es liegen keine Erkenntnisse über eine Drückjagd vor. Bürgermeister Banken sagt zu, die Jagdpächter hinsichtlich der Absperrungen und Warnhinweise zu sensibilisieren.

Ratsherr Bogert (Grüne) fragt nach, ob es neue Entwicklungen zu den Luftfiltern in den Schulen gäbe.

Der Erste Beigeordnete, Herr Dr. Knauber, informiert, dass die Ausschreibung zurzeit von einem Fachbüro erstellt werde. Problematisch sei die Beschaffung der Geräte, da wegen Lieferengpässen ein Chipmangel bestehe. Auch finde man keine Firmen, die Luftfilter in den Schulen installieren können.

Ratsherr Dr. Wilmers (SPD) fragt nach, ob die Stadt Rheinbach es toleriert, dass das ehemaligen Hotel Dorn im Gewerbegebiet als Mehrfamilienhaus genutzt werde?

Niederschrift	11/9. Sitzung des Rates
Datum	Montag, 20.12.2021

Die Stadt Rheinbach toleriere es nicht, so Herr Dr. Knauber. Es seien auch schon Räumungsverfügungen ausgesprochen worden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Bürgermeister Banken die Sitzung und wünscht allen schöne Weihnachtstage und einen guten Start ins Jahr 2022.

Rheinbach, 7. Januar 2022

gezeichnet
Ludger Banken
Bürgermeister

gezeichnet
Sonja Wilhelm
Schriftführerin